



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/298 - 11.12.53

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Hausstreit der christlichen Gewerkschafter	S. 1
Zum Zeitungsstreik in New York	S. 3
Der neue, alte Plan: Moselkanalisierung	S. 5
Die Presse und ihre Leser	S. 7

## Katzenjammer der Gewerkschaftsspalter

R.D. Man könnte versucht sein, den Katzenjammer der Gewerkschaftsspalter, der in den Publikationen gewisser christlicher Politiker und Presseorgane zum Ausdruck kommt, mit glossierenden Bemerkungen abzutun; denn jene, die mit dem Mut und der Arroganz des Don Quichotte auszogen, um die deutschen Gewerkschaften unter ihre Botmäßigkeit zu zwingen, sind gegen Windmühlensflügel angerannt und liegen, nach eigener Erkenntnis, zerschunden im Graben. Man würde mit solcher Glosse aber der in dieser Frage nach dem 6. September aufgeworfenen Problematik nicht gerecht. Die Donquichottorie dieser Leute lag mehr in der Wahl ihrer Mittel, in der Verkenntung gegebener Situationen, als in ihren politischen Absichten. Hier verfolgte sie ein konkretes, für die politisch- und soziale Gegenwart bedeutungsvolles, ja gefährliches Ziel.

Nach der "Ketteler Nacht" vom 1. Dezember gingen die Spalter davon aus,

"...daß am 6. September im politischen Leben Deutschlands seit 400 Jahren zum ersten Male etwas vollkommen Neues geschah; ... Christen katholischen und evangelischen Glaubens fanden zueinander in einer politischen Union, die fähig ist, den Regierungskurs allein zu bestimmen".

Es heißt weiter:

"daß es auf die Dauer keine christlichen Parteien gibt, wenn die sozialen Organisationen (also Gewerkschaften -

d. Red.), nicht in gleichgerichteter Zielsetzung wirken".

Diese beabsichtigte Gleichschaltung wurde nach dem "Rheinischer Merkur" vom 11. Dezember erstens aus der Uneinigkeit der Christen und weiter aus folgendem Grunde nicht erreicht:

"Man begab sich auch freiwillig des einzigen wirksamen Druckmittels, mit dem man Verhandlungen hätte weitertreiben können: Des Austritts-Ultimatums". "...Hier fehlte die Bekundung ultimativor Entschlossenheit; der Einheitsfetisch wurde nicht aufgegeben".

Der "Rheinische Merkur" findet weiter:

"...die Uneinsichtigkeit gewisser Politiker erstaunlich, die das Entstehen einer kräftigen und selbständigen christlichen Gewerkschaftsbewegung kurzfristigen taktischen Rücksichten opfern wolle und die nicht begreifen, daß eine Christliche Volkspartei auf die Dauer ohne den Wurzelgrund einer starken christlichen Arbeiterbewegung nicht existieren kann".

Solche Bekundungen lassen an Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig.

Nun haben auch Christen klar ausgesprochen: Die Gewerkschaftseinheit ist ihnen nur eine taktische Chimäre, wünschenswert, wenn sie in gleichgerichteter Zielsetzung den Zwecken einer politischen Union dient, die den Regierungskurs allein bestimmt. Sie ist ein Einheitsfetisch, wenn sie nicht dazu dienen kann, den Wurzelgrund einer sich auf die Dauer selbst nicht für existenzberechtigt haltenden Partei zu bilden, oder gar verhindert, daß eine solche Partei sich einen eigenen Wurzelgrund im sozialen Bereich - eigene christliche Gewerkschaften - zu schaffen vermag. In diesen Feststellungen liegt die christliche Tragödie verborgen, soweit man nicht von einer politischen Tragikomödie sprechen will.

In keiner christlichen Überlegung um diesen Ausgang des Gewerkschaftsstreites hat man sich darüber den Kopf zerbrochen, welches die letzte soziale Zweckbestimmung der Gewerkschaften unter christlicher Herrschaft zu sein habe. Völlig verbohrt in der Gier nach Macht und ihrer zeitlichen Fundierung stellt man ihnen das Ziel, Wurzelgrund dieser politischen Macht zu sein, nicht etwa Regulator unseres sozialen Klimas. Hält man die Gewerkschafter für vergeblich genug, daß ihnen die traurige Rolle der in ihrer Zielsetzung mit einer allein herrschenden Partei gleichgerichteten Gewerkschaften nicht genügend bewußt wäre? Haben nicht gerade die nun Geschlagenen im Wahlkampf immer wieder das Gespenst solcher einseitig gesteuerten Gewerkschaften an die Wand gezaubert?

Die Gewerkschaften haben ihre Einheit bewahrt, die Arbeitenden gezeigt, daß sie ein waches Gefühl für unechte Akzente haben. Mögen Don Quichotte und Sancho Panza nun, wie die "Kotteler Wacht" die Schuldfrage prüfen, die weil sie im Graben liegen und die Mühle sachlich weiter ihren eigenen Zwecken dient.

x

Im Hintergrund noch ein Kondolent in eigener Sache. Zitat aus dem "Rheinischen Merkur", 11. Dezember: "Wenn in DGB alles beim alten bleibt, und nach dem Hornberger Schießen muß damit gerechnet werden, dann wird in gar nicht ferner Zukunft eine neue Abwanderungswelle in der Arbeiterschaft von der Kirche eintreten. Und dies wäre der wahre Preis, den wir zur Rettung des Idols der "Gewerkschaftseinheit" bezahlen müssen".

+ + +

Etwas hat sich geändert...

O.L. New York

Dass vierhundert Arbeiter in Streik traten und zwanzigtausend ihrer Kollegen Arbeitskollegen, vom Büroangestellten bis zu den Redakteuren der New Yorker Zeitungen Solidarität mit ihnen halten, indem sie die Streikposten respektieren, ist ein bedeutungsvolles Zeichen. Noch vor zwanzig Jahren, ja auch noch vor zehn Jahren wäre das unmöglich gewesen. Etwas hat sich in Amerika geändert.

Der New Yorker Zeitungstreik ist ein Lohnkampf der vierhundert Litographen, die in sechs grossen New Yorker Zeitungen beschäftigt sind. Da es unter den Arbeitern in den Zeitungen noch Berufsgewerkschaften gibt, haben sie ihre eigene Gewerkschaftsorganisation. Sie gehört zur American Federation of Labor, wie die meisten der anderen Berufsorganisationen im graphischen Gewerbe. Als nach wochenlangen Verhandlungen die Zeitungsunternehmer keine Zugeständnisse machen und die strittigen Lohnfragen einem Schiedsspruch unterbreiten wollten, lehnten die Arbeiter ab und traten in den Streik. Alle anderen Angestellten lehnten es ab, die Streikposten zu ignorieren. Sie blieben aus eigener Initiative der Arbeit fern.

Es handelte sich um eine spontane Aktion. Nach dem Taft-Hartley-Gesetz dürfen Gewerkschaften keinen Solidaritätstreik ausrufen, wenn sie sich nicht haftpflichtig machen wollen. Es war also ohne dass die Gewerkschaften eine Parole ausgeben konnten, ein spontaner Solidaritätsakt. Es war vor allem der gewerkschaftliche Ehrenkodex jedes einzelnen, dass sie sich weigerten, "to cross a picket line", wie man hierzulande sagt, das heisst durch eine Streikpostenkette durchzugehen. Erst durch diesen spontanen Solidaritätsakt sind zunächst sechs New Yorker Zeitungen, darunter vor allem die "New York Times" und die "Daily News", eine der Zeitungen mit der grössten Auflage in der Welt, stillgelegt worden. Die "New York Herald Tribune", die nicht selbst Litographen beschäftigt, war in den Streik nicht einbezogen, stellte ihr Erscheinen aber nach zwei Streiktage freiwillig ein, so dass für eine Woche die Riesenstadt New York mit achteinhalb Millionen Einwohnern ohne jede Zeitung war. Nach fünf Tagen gab die "Herald Tribune" wieder eine Zeitung ohne Inserate heraus, um nicht aus dem Streik der anderen Zeitungen finanzielle Vorteile zu ziehen.

Ein teures Schweigen

Achteinhalb Millionen Menschen ohne Zeitung ist kein alltägliches Ereignis. Im Zeitalter von Radio und Television, in dem die meisten Nachrichten, wenn auch in kürzerer Form, stündlich verbreitet werden, ist die Bedeutung der Zeitungen in der Verbreitung von Nachrichten zweifellos zurückgegangen. Aber die zeitunglosen Tage in New York haben umso deutlicher gezeigt, worin die wirtschaftliche Bedeutung der grossen Zeitungen mit seitenlangen Inseraten liegt. Noch dazu in der Weihnachtssaison! Man hat errechnet, dass die erste Woche des Zeitungstreiks und das Ausfallen von zwei Sonntags-Nummern die New Yorker Zeitungsherausgeber ungefähr fünf Millionen gekostet hat und dass der materielle Schaden noch weit darüber hinausgeht, weil viele Theater und Kinos, eine Menge Sportveranstaltungen und Konzerte zu schwerem Schaden gekommen sind - von den Künstlern, die in New Yorker Konzertsälen zum ersten Mal auftraten, gar nicht zu reden.

Tiefschlag gegen den Weihnachtsmann

Das Weihnachtsgeschäft in New York hat in dieser Woche schwer gelitten. Die seitenlangen, tausende Dollars kostenden Inserate der großen Warenhäuser und mittleren Geschäfte haben ihre praktische Bedeutung: Der Durchschnittsamerikaner liest diese Inserate und besorgt seine Einkäufe nicht, ohne zu wissen, was "auf dem Markte" ist. So hat der Streik gerade in einer Weihnachtssaison, die wegen der übergroßen Lagerbestände und der dringenden Notwendigkeit, sie zu reduzieren Hoffnungen weckte, beim Käuferpublikum zunächst allgemeine Zurückhaltung hervorgerufen.

Die Psychologie der Zeitungsunternehmer ist eine andere Seite dieser Vor-Weihnachtskrise. Es ist unbestritten, daß die Profite der Zeitungsunternehmungen und der nicht wieder gutzumachende Einnahmeausfall so groß sind, daß es sich für die Unternehmer gelohnt hätte, den Forderungen der Litographen früher entgegenzukommen. Statt dessen haben die Zeitungsunternehmer nur ein Viertel dessen, was die Arbeiter verlangt hatten und ein Schiedsverfahren angeboten. Bei den New Yorker Zeitungsunternehmern war, wie bei vielen anderen Unternehmergruppen, eine Versteifung ihrer allgemeinen Haltung festzustellen. Fast hat man den Eindruck, als wollten die Unternehmer nun einkassieren, was sie durch jenen "Wechsel" vor einem Jahr in Washington zu erreichen hofften. Die Unternehmer rechnen auf die Veränderung in der allgemeinen sozialen Atmosphäre und erwarten von der Regierung Hilfe. Überdies wollten sie nicht daran glauben, daß die Zwanzigtausend den Vierhundert Solidarität halten würden.

Wachsende Solidarität

Das ist die wichtigste Veränderung, die der New Yorker Zeitungsstreik zum Ausdruck gebracht hat: Ein wachsendes Gefühl der Solidarität und der gewerkschaftlichen Ehre. Auch das ist nicht neu. Im Juni 1950 hat es bei einer Nachmittagszeitung New Yorks einen Streik der Journalisten und Zeitungsangestellten gegeben, die in der "Newspaper Guild", einer Organisation des Congress of Industrial Organizations (CIO) organisiert sind. Damals haben alle Arbeiterorganisationen der verschiedenen graphischen Gewerkschaften der American Federation of Labor (AFL) erklärt, daß sie die Streikposten der Journalisten respektieren werden. So hat es einen zehnwöchigen, lückenlosen Streik gegen die Zeitung gegeben und die Journalisten haben sich durchgesetzt. Die Buchdrucker und die anderen Arbeitergruppen haben von dem Erfolg dieses Streiks auch materiell profitiert. Beim Streik der vierhundert Litographen haben nun die Journalisten und Zeitungsangestellten erklärt: Jetzt ist die Reihe an uns ...

Weder bei ihnen noch bei den Buchdruckern oder anderen Gruppen hat es auch nur einen Moment lang Zögern gegeben. Auf der anderen Seite haben die Litographen erklärt, daß es nun für sie eine Ehrensache sei, so abzuschließen, daß auch die anderen Gruppen daraus Vorteile ziehen könnten. Dies ist umso bemerkenswerter, als gerade die Litographengewerkschaft früher eine der eher isolationistischen Berufsorganisationen war, die sich auf die Erringung von Vorteilen für ihre eigenen Mitglieder konzentrierte.

Die Journalisten, unter ihnen einige der bekanntesten und bestbezahlten Amerikas, haben diese Solidaritätsaktion ohne eine Parole ihrer Gewerkschaft lückenlos eingehalten. Viele von ihnen haben Wert darauf

golegt, zu demonstrieren, daß sie im Streik sind, obwohl die Besonderheit ihres Arbeitsverhältnisses und ihrer Aufgabe es nicht erfordert hätte. Es ist bekannt geworden, daß einige Zeitungsunternehmer einige Journalisten "wogschicken" wollten, auf Reportage außerhalb New Yorks. Die in Frage Kommenen lehnten kühl ab und erklärten, sie könnten nicht fahren, weil sie im Streik seien ...

Die wichtigste Lehre dieses Streiks ist, die Männer und Frauen, die die größten Zeitungen der Welt schreiben, die Zeitungen, die das Vollendetste sind, was kapitalistische Organisation geistiger Arbeit zustandegebracht hat, sind Menschen, die in immer stärkerem Maße das Bewußtsein gewerkschaftlicher Ehre und Solidarität haben. Die großen kapitalistischen Zeitungen der Welt können zwar ihre Angestellten zwingen, kapitalistisch zu schreiben, aber nicht, kapitalistisch zu denken und zu fühlen. Das ist die Lehre des New Yorker Zeitungstreiks nicht nur für Amerika, sondern für die Welt.

+ + +

### Moselkanal im Dschungel der Politik

K.H.-Mainz

Der an Streitobjekten nicht gerade arme Grenzraum der Bundesrepublik im Westen birgt seit langer Zeit einen verhältnismäßig unbeachtet gebliebenen, trotzdem in seinen Konsequenzen nicht ungefährlichen Zündstoff - den Plan der Moselkanalisierung. Der Plan ist zwar alt - er wurde erstmals nach 1870 von deutscher Seite, nach 1918 von französischer Seite und während des letzten Weltkrieges wiederum von deutscher Seite erwogen - aber seine Realisierung unterblieb immer wieder; mit Ausnahme eines Teilstückes zwischen Metz und Diedenhofen, das nach dem ersten Weltkrieg auf deutsche Reparationskosten gebaut wurde.

Immer war also die Seite in der Planung der treibende Teil, die sich gerade des Besitzes der lothringischen Eisenhütten erfreute. Deutschland hat die Pläne nicht verwirklicht, (obwohl der Kanal in den Zeiten seiner Herrschaft keine Grenzhindernisse zu überwinden gehabt hätte), weil das Verhältnis von Investitionen und Nutzung den Kostenaufwand nicht lohnte. Frankreich hat das Ziel nie erreicht, seinen Plänen Gehör zu verschaffen, weil sich in der Vergangenheit die internationalen Komplikationen immer als zu groß erwiesen.

Nun ist nach langen, stillen Vorbereitungen das alte Projekt in diesem Jahr der Öffentlichkeit wieder unterbreitet worden. Diesmal sind die alten Argumente - billigerer Transport zwischen Lothringen und der Ruhr - durch den Hinweis auf die Verbundenheit der "europäischen Wirtschaft" und durch die Bezeichnung als "europäischen Kanal"

bereichert worden. Trotzdem wollen weder die anderen interessierten Staaten, wie Luxemburg, Holland, Belgien oder Deutschland, noch die Wirtschaftsgruppen dieser Länder etwas von dem Plan wissen. Übrig bleiben als Befürworter die französische Schwerindustrie (aber nur, soweit sie im lothringischen Raum beheimatet ist), und, aus Gründen des lokalen Interesses, die Industrie- und Handelskammern Koblenz und Trier. An der Mosel selbst würde man zwar die Dukaten aus dem Baugeschäft - es sind 13 Staustufen geplant - und dann die von den durchfahrenden Schiffen gerne nehmen, fürchtet aber den unausweichlichen Verlust im Fremdenverkehr, wenn die Mosel ihren Ruf als stiller Fluß und verträumtes Idyll verlieren würde.

Als aktive Gegner einer Moselkanalisierung sind auf den Plan getreten: Die belgische Schifffahrt (sie befürchtet die Abwanderung nach den holländischen Häfen), die deutsche Ruhrindustrie (sie bangt um eine weitere Verschlechterung ihrer Konkurrenzlage gegenüber der französischen Industrie, während sie noch an den Konsequenzen der Montanunion zu kauen hat), die Deutsche Bundesbahn, mit stiller Unterstützung der französischen Eisenbahn (sie darf sich keine Verluste im Frachtgeschäft gefallen lassen, wenn das Defizit nicht größer werden soll) und schließlich eine große Zahl von Fachleuten aus vielen Zweigen der Wirtschaft, denen die "Investitionslasten ohne Vorteil" zu hoch erscheinen und die darauf hinweisen, daß das knappe Gold an lohnenderen Projekten mehr Zinsen tragen würde.

Demnach bleibt für die Befürworter dieses Planes in Frankreich nur noch der außenpolitische Weg übrig. In Bonn sah man sich gezwungen, die Existenz eines, die Moselkanalisierung betreffenden Zusatzprotokolls zum Schuman-Plan zu dementieren. Es war von mehreren Seiten behauptet worden, der Bundeskanzler habe seinerzeit weitgehende Zusagen gemacht, um die deutsche Verhandlungsposition in der Saarfrage zu verbessern. Ob allerdings ein französischer Außenminister diesen Wechsel, wenn er ihn in der Tasche haben sollte, auf Kosten der französischen Saar-Interessen zu präsentieren wagen dürfte, ist doch sehr fraglich. Was die Bundesrepublik angeht, so könnte man unter Umständen der Meinung sein, daß die jüngste Forderung des Bundeskanzlers an den Bundesfinanzminister, die finanzielle Sanierung der Bundesbahn einzuleiten, um damit den seit Jahren veräunten Ausgleich zwischen Schiene und Straße vorzubereiten, ein erster Schritt ist, um der Bundesbahn spätere begrenzte Transportausfälle schmerzhaft zu machen.

### Erschreckende Unwissenheit

Das Internationale Presseinstitut in Zürich hat länger als ein Jahr mit Hilfe anderer Forschungsstellen und hundert einzelner Mitarbeiter Erhebungen über die Auslandsberichterstattung der Zeitungen und ihre Wirkungen auf die Leser angestellt. Nun wurde das Ergebnis dieser Untersuchung in einem 265 Seiten starken Bericht bekanntgegeben.

Gegenstand der Untersuchung war, in verschiedenen Formen und nach diversen Forschungsmethoden, die Frage: Was erfährt der Zeitungsleser des einen Landes durch die Presse von einem anderen Land? Die Interviewer des Instituts befragten in Amerika, Westeuropa und Indien viele hundert Menschen aus verschiedenen Wohngebieten und Gesellschaftsschichten. Die Ergebnisse wurden nach bewährten statistischen Methoden verarbeitet. Die Unwissenheit, die zutage trat, war erschreckend.

In Amerika fragte man zum Beispiel die Leute über bedeutende Persönlichkeiten, die in der internationalen Politik der letzten Zeit eine Rolle spielten. Nur 53 Prozent der Befragten wußten, daß Dulles amerikanischer Außenminister ist, nur 50 Prozent wußten, wer Faruk, nur 49 Prozent, wer Eden, nur 44 Prozent, wer Syngman Rhee, nur 41 Prozent, wer Tito, und nur 15 Prozent, wer De Gasperi war. Auf die Frage nach den kommunistischen Satellitenstaaten Rußlands konnten 39 von 100 Befragten überhaupt nichts sagen, 12 wußten ein Land, 16 zwei Länder, 16 drei Länder, nur 8 wußten mehr als fünf kommunistische Staaten zu nennen.

In Europa wußten die Leute auf ähnliche Fragen natürlich bessere Antworten, soweit es europäische Dinge betraf. Über die Weltereignisse aber sind die Europäer keineswegs besser informiert als die Amerikaner.

Auf Grund all dieser Erhebungen empfiehlt das Institut den Journalisten in aller Welt, die ausserpolitischen Meldungen nicht einfach trocken und kurz abzu drucken, sondern sie mit Erläuterungen und Kommentaren zu versehen, die Leser über die Hintergründe und die Vorgeschichte wichtiger Ereignisse zu informieren und auf die Zusammenhänge mit anderen Ereignissen zu verweisen.

Die Beobachtung, daß die Menschen alles leichter auffassen, was nicht von Institutionen, sondern von den Menschen handelt, zeigt, wie wichtig es ist, daß die Zeitungen ihre Berichterstattung nicht nur auf die Vorgänge in Parlamenten und an Konferenztischen beschränken, sondern mehr über das Leben des "kleinen Mannes" in aller Welt erzählen. Besondere Bedeutung hat die gegenseitige Berichterstattung über Länder, zwischen denen eine gewisse Spannung besteht. Zum Beispiel kann die Berichterstattung über Deutschland in Frankreich, über Jugoslawien in Italien die internationale Situation weitgehend beeinflussen.

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Raunau